

Shenzhou 1 war im November 1999, Shenzhou 2 im Januar 2001 gestartet worden. Nach einigen Abstürzen, Explosionen und anderen Misserfolgen in den neunziger Jahren, scheinen die neuesten Versuche erfolgreicher verlaufen zu sein. Die drei Raumkapseln waren unbemannt, Shenzhou 3 hatte aber eine Puppe in menschlicher Größe an Bord; nach weiteren Testflügen – der nächste ist für den kommenden Winter geplant – soll in zwei, drei Jahren der erste Chinese ins All fliegen. Shenzhou 3 hat offenbar Platz für drei Astronauten, gegenwärtig werden zwölf Astronauten ausgebildet.

Nach chinesischen Angaben sind die Raketen vom Typ *Langer Marsch* seit 1970 66-mal gestartet, davon 60-mal erfolgreich (darunter alle Starts seit 1996). Die Erfolgsquote von 91% läge nur geringfügig unter der Quote der amerikanischen und europäischen Raketen (94 bzw. 93%). Westliche Experten scheinen allerdings vom wissenschaftlichen Nutzen der gegenwärtigen Experimente nicht überzeugt zu sein und betrachten diese vor allem als Propagandaaktionen. (BBC PF, 3.4., 23.4.02; BBC EF, 1.4., 2.4., 13.4.02; FBIS, 2.4.02; FAZ, 3.4.02; *Straits Times*, 3.4.02; XNA, 27.3., 2.4.02) -tk-

Außenwirtschaft

26 China wirbt für Freihandelszone mit der ASEAN

Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen über Chinas WTO-Beitritt hat der ehemalige Chefunterhändler Long Yongtu eine neue Mission gefunden. Als Vizeminister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit wirbt er für die geplante Freihandelszone mit der ASEAN. Die Gründung einer solchen Zone bis zum Jahr 2011 war im November beim ASEAN-Gipfel in Brunei von den südostasiatischen Staats- und Regierungschefs und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji beschlossen worden.

Long Yongtu sprach von einem allseitigen Willen, den Gründungsprozess zu beschleunigen, sodass er nicht wie

vorgesehen zehn Jahre dauern werde. Bereits für Mai d.J. seien Gespräche zwischen hochrangigen Beamten geplant. Ein neuer Zeitplan könnte beim Treffen der Wirtschaftsminister der zehn ASEAN-Staaten und Chinas im September d.J. verabschiedet werden. (XNA, 29.3.02)

Am Rande des Mitte April in Bo'ao auf der Insel Hainan veranstalteten „Forum for Asia“ trat Long Yongtu ebenfalls für eine verstärkte regionale Integration ein. Das chinesische Gegenstück zum Weltwirtschaftsgipfel von Davos, das dieses Jahr erstmals stattfand, wurde unter anderem von Japans Ministerpräsidenten Koizumi und seinem südkoreanischen Amtskollegen Lee Han-dong besucht. Am Rande des Gipfels sagte Long Yongtu, der Handel mit der ASEAN sei im letzten Jahr um 40% gewachsen und habe ein Volumen von 22,1 Mrd. US\$ erreicht.

Chinas Ministerpräsident Zhu Rongji unterstrich diese Forderung, als er das Niveau der Integration in Asien als relativ zurückgeblieben bezeichnete und die Regierungen aufrief, Handelsschranken abzubauen. Thailands Premier Thaksin Shinawatra kritisierte, die asiatischen Wirtschaften bekämpften einander mit Preiskriegen, anstatt an der Einheit Asiens zu arbeiten. Asiens Staaten sollten sich zusammenschließen, um das westlich dominierte Welthandelssystem zu einem für alle fairen Regime umzugestalten, sagte Thaksin weiter. (FBIS, 12.4.02)

Wenige Tage vor dem Forum in Bo'ao hatten sich Thailand und China geeinigt, im Norden Thailands eine gemeinsame Wirtschafts- und Handelszone zu errichten. Die chinesische Seite wertete das Projekt als Beleg dafür, dass die geplante Freihandelszone zwischen China und der ASEAN in eine experimentelle Phase eingetreten sei. (XNA, 10.4.02)

China möchte mit dem „10+1“-Prozess, also der regionalen Integration ohne Einbeziehung der USA, die eigene Position gegenüber den Vereinigten Staaten stärken. In Südostasien soll darüber hinaus Ängsten begegnet werden, die aus dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation resultieren. (FAZ, 9.4.02; NZZ, 23.4.02; s. auch C.a., 2001/11, Ü 1) -bö-

27 EU-China: Kosmetik gegen Krabben

In der Außenhandelspolitik zwischen China und der Europäischen Union zeigte sich im April die deutliche Tendenz der Volksrepublik, nach dem WTO-Beitritt offensiver ihre Handelsinteressen zu vertreten. In Bezug auf die Stahl-Schutzzölle, welche die EU als Reaktion auf die US-Zölle erließ, reagierte die chinesische Seite eher gemäßigt. Shi Guangsheng, der Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, beschwerte sich Ende März in einem Brief an den EU-Handelsbeauftragten Pascal Lamy über die Zölle von 14,9 bis 26% auf 15 Stahlimporte. Dabei hatte sich die EU bemüht, chinesische Exporte möglichst zu schonen. (XNA, 29.3.02; AWSJ, 4.4.02)

Wesentlich härter fiel die chinesische Antwort auf das EU-Importverbot für Meeresfrüchte aus. Das Verbot war am 25. Januar dieses Jahres ausgesprochen worden, weil in einigen Produkten unzulässig hohe Mengen an Antibiotika festgestellt worden waren. Von dem Verbot seien chinesische Exporte mit einem Jahresvolumen von 275 Mio. US\$ betroffen, schätzten westliche Beobachter. Chinesische Quellen sprachen von 623 Mio. US\$ und 5 Mio. betroffenen Arbeitsplätze. Handelsminister Shi Guangsheng hatte den betreffenden Bericht der EU-Veterinärkommission bereits im Februar als einseitig und unzutreffend bezeichnet.

Bei seinem Chinabesuch Anfang April verteidigte Chris Patten, der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, das Importverbot mit Hinweis auf den Schutz der europäischen Verbraucher. Shi Guangsheng kritisierte daraufhin insbesondere, dass chinesische Schiffsladungen, die seit der Entscheidung in Rotterdam angelandet waren, vor Ort beschlagnahmt und zerstört worden seien. Am 19. April verkündete China seinerseits ein Importverbot für alle tierischen Lebensmittelprodukte aus den Niederlanden. Angeblich seien in importierten Würstchen unerlaubte Chemikalien gefunden worden. Vor dem Verbot importierte Waren würden beschlagnahmt und zerstört.

Die chinesische Seite begann ebenfalls, nichttarifäre Maßnahmen gegen Importe zu ergreifen, die sie genau wie

die Europäer mit dem Konsumentenschutz begründete. Betroffen von den Importverboten der zweiten Aprilwoche sind 177 Kosmetikprodukte. Die Kosmetik wie Cremes und Sprays seien mit dem BSE-Erreger kontaminiert. (AWSJ, 4.4.02; FBIS, 10.4.02; BBC PF, 21.4.02; AWSJ, 21.4.02)

Den Rückzug der EU erreichte die Volksrepublik in einem anderen Streitfall: In den nächsten Jahren wird es kein Verbot gegen chinesische Feuerzeuge geben, die nach EU-Angaben über keine ausreichende Kindersicherung verfügten. Von dem Verbot wären chinesische Exporte im Wert von jährlich 70 Mio. Euro betroffen gewesen. Ende März hatte eine Delegation chinesischer Produzenten in Europa insbesondere kritisiert, dass im Entwurf der Richtlinie nur für Feuerzeuge mit einem Verkaufspreis von unter zwei Euro eine Kindersicherung vorgeschrieben worden war. Das chinesische Handelsministerium hatte verlauten lassen, die geplante Richtlinie würde gegen WTO-Regeln verstoßen.

Nach Meinung von Experten wurde dieser kleine Erfolg der chinesischen Handelspolitik nur möglich, weil der gesamte Handel zwischen der EU und China nun durch die WTC geschützt sei. Proteste und Maßnahmen auf einem Teilgebiet würden nun nicht mehr die Gesamtexporte gefährden. (AWSJ, 11.4.02)

Allerdings kann nun auch die EU das Regelwerk der WTO in ihrem Sinne nutzen, wie EU-Kommissar Erkki Liikanen Mitte April bei seinem Chinabesuch anklingen ließ. Der für Unternehmen und Informationsgesellschaft zuständige Finne bezweifelte, dass die im Dezember von China verabschiedeten Richtlinien für die Telekommunikation mit den Vorschriften der WTO kompatibel seien. „Wir werden hoffentlich keine rechtlichen Schritte einleiten müssen,“ sagte Liikanen. Insbesondere kritisierte er das Fehlen einer unabhängigen Regulierungsbehörde. (XNA, 13.4.02; ChinaBiz.org, 20.4.02) -bö-

28 China-USA: Durch Stahlstreit zu einer starken Stellung in der WTO

Im April unternahm der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick seine ers-

te Chinareise nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). Anstatt jedoch seine ganze Autorität auf die Kritik an Mängeln bei der Umsetzung von Welthandelsregeln einsetzen zu können, fand sich Zoellick oft in der Defensive wieder. Er musste die Schutzzölle verteidigen, die US-Präsident George Bush Anfang März erlassen hatte.

Stationen im Stahlstreit

5. März	US-Präsident George Bush verkündet Stahlzölle
14. März	Beschwerde der chinesischen Regierung bei der WTO (erstmal seit Beitritt)
9. April	US-Handelsbeauftragter Robert Zoellick verteidigt Stahlzölle; MOFTEC-Vizeministerin Ma Xiuhong fordert Aussetzung der Zölle für China und Kompensationen
11. April	Sechs Parteien (China, EU, Japan, Südkorea, Schweiz, Norwegen) beginnen in Genf Konsultationen mit den USA
18. April	MOFTEC-Rechtsexperte Yang Guohua verkündet, China werde den Mechanismus der WTO zur Streitschlichtung voll ausnutzen

Nach: *Caijing*, 20.4.02; BBC PF, 20.4.02.

Am 14. März hatte die chinesische Regierung zum ersten Mal eine Beschwerde in Genf eingelegt, und zwar gegen die US-Stahlzölle. Als diese am 22. März in Kraft traten, wurden in China die „Vorschriften über die Sicherheit des Imports von landwirtschaftlich nutzbaren genmanipulierten Organismen“ wirksam. Diese richten sich vor allem gegen aus den USA importierte Sojabohnen, mit einem Jahresvolumen von 1 Mrd. US\$.

Vor diesem Hintergrund war Robert Zoellick bemüht, die Bedeutung der Stahlzölle für China als möglichst gering darzustellen. Nur 0,2% der chinesischen Exporte in die Vereinigten Staaten seien betroffen, mit einem Volumen von 204 Mio. US\$ jährlich.

Yang Guohua vom Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) bezifferte die Exportausfälle dagegen auf 1,2 Mrd. US\$. Diese Summe fordert China als Kompensation. Sie liegt deutlich über den 350 Mio. US\$, mit denen Ministerpräsident Zhu Rongji noch am 15. März das Volumen der betroffenen Stahllexporte geschätzt hatte.

Am 11. April begann in Genf die erste Stufe des WTO-Streitschlichtungsprozesses mit den Konsultationsgesprächen von sechs Klage führenden Parteien und den beklagten USA. Ungeachtet des Ausgangs der Gespräche

werde die chinesische Regierung alle Stufen des Streitschlichtungsmechanismus ausnutzen, sagte Yang.

Der Stahlstreit dürfte eine willkommene Gelegenheit für China sein, die eigene Position in der WTO zu stärken. Entgegen vieler Erwartungen kann sich das Land als Hüter der Freihandelsregeln darstellen – und gleichzeitig

von eigenen Mängeln bei der Umsetzung ablenken. „Darf ich nicht ebenso besorgt um unseren Stahl sein, wie es die Amerikaner um ihre Sojabohnen sind?“, fragte Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer Pressekonferenz zur Belustigung der versammelten Journalisten.

Robert Zoellick blieb es vorbehalten, auf das Handelsbilanzdefizit von 80 Mrd. US\$ hinzuweisen, das sein Land gegenüber China hat. Er kritisierte den völlig verzerrten Marktzugang und warnte, die Volksrepublik werde in der Zukunft häufig Probleme mit Anti-Dumping- und Anti-Subventionsvorschriften bekommen – gerade auch in Konflikten mit Entwicklungsländern. Er kritisierte, dass China verstärkt nichttarifäre Maßnahmen ergreife, um Importe zu beschränken. (Chinaonline, 15.3.02; AWSJ, 7.4.02; FBIS, 18.4.02; BBC PF, 20.4.02; *Caijing*, 20.4.02; Chinaonline, 22.4.02)

29 Ausländische Fahrzeugbauer trotz dem Preissturz

Vor einem erwarteten starken Anstieg der Kraftfahrzeug-Importe in der zweiten Jahreshälfte haben die in China produzierenden Autohersteller ihre Preise deutlich gesenkt. Bei fast allen ausländischen Joint Ventures verbilligten sich die Fahrzeuge um vier

bis 15%. In der Folge zogen die Autoverkäufe stark an: Von Januar bis März 2002 sind nach Angaben des chinesischen Verbands der Automobilhersteller (CAAM) 640.000 Fahrzeuge verkauft worden, ein Zuwachs von 14,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Laut Verbandssprecher Zhu Yiping habe sich der Druck auf die einheimischen Hersteller seit dem vergangenen Dezember erhöht. China hatte sich im Zuge des WTO-Beitritts verpflichtet, die Einfuhrzölle von teilweise über 100% in den kommenden sechs Jahren auf 25% zu senken. (NfA, 17.4.02)

Bereits ab Juni diesen Jahres werden große Mengen ausländischer Kraftfahrzeuge ins Land rollen. Nach Vergabe der Importlizenzen wird sich das Volumen der Einfuhren wenigstens verdoppeln, schätzen Forscher des chinesischen Instituts für die Entwicklung der Automobilindustrie. Gegenüber der WTO hat sich Beijing auch verpflichtet, die Importquote auf 8 Mrd. US\$ zu erhöhen – eine Vervielfachung gegenüber dem Vorjahr. Japan könnte der Hauptgewinner dieser Entwicklung sein, denn der Yen ist schwach und japanische Autos sind bei chinesischen Konsumenten beliebt. Das erste Quartal 2002 könnte die letzten guten Tage für die einheimischen Fahrzeugbauer gebracht haben, sagte Jia Xinguang vom China Motor Industry Research Institute. Er hält es für sehr wahrscheinlich, dass die Preise ab der zweiten Jahreshälfte auf breiter Front zurückgehen. (XNA, 28.3.02; FAZ, 10.4.02).

Dennoch erhöhen internationale Autobauer mit Blick auf die steigende inländische Nachfrage ihre Investitionen. Die Autoverkäufe steigen jährlich um 10%, und Privatkunden bringen mittlerweile die Hälfte des Umsatzes ein. In Beijing haben gut eine Million der 1,73 Mio. registrierten Fahrzeuge einen privaten Besitzer. In der Hauptstadt kommen auf 100 Haushalte bereits 12 Kraftfahrzeuge. Auf den schnell wachsenden Markt für Kleinwagen drängt neben anderen internationalen Joint Ventures auch Volkswagen.

VW VERLÄNGERT VERTRAG UND VERKAUFT ERSTEN POLO

Bei dem Besuch von Jiang Zemin in der Wolfsburger Zentrale von Volks-

wagen hat das deutsche Unternehmen die Kooperationsverträge mit den chinesischen Partnern um weitere 20 Jahre bis 2029 verlängert. Parallel dazu wurde in der Volksrepublik der erste Polo verkauft. Erstmals bringt Volkswagen ein neues Modell ohne Verzögerung auch auf den chinesischen Markt. Im hart umkämpften Segment für Familienautos ist Shanghai Volkswagen jedoch nicht der erste: General Motors und Citroen sind bereits mit Konkurrenzmodellen erfolgreich, die preislich teilweise deutlich unter dem Polo liegen. Dessen Standardversion kostet 130.000 Yuan. Wenn bis Jahresende wie geplant 30.000 Polos verkauft werden sollen, muss Volkswagen die Konsumenten von der höheren Qualität seines Produkts überzeugen. Den Vorverkauf mit 7.000 Bestellungen bezeichnete VW als zufrieden stellend.

KAMPF UM DEN MARKT FÜR KLEINWAGEN

An den Erfolg seiner Produktion in China glaubt offensichtlich auch Citroen: Die Franzosen wollen ihren 25%-Anteil an dem Joint Venture mit dem chinesischen Autobauer Dongfeng erhöhen. Mit dem Basismodell des „Fukang“ ist es den Partnern gelungen, unter der magischen Preisgrenze von 100.000 Yuan zu bleiben. Bereits seit über einem Jahr ist das neue Kleinwagenmodell auf dem Markt.

General Motors verkauft seit Juni 2001 das Modell „Sail“. Mit dem Auto, das auf dem Opel Corsa basiert, sollen 20% des Kleinwagenmarktes besetzt werden.

Auch Fiat drängt in dieses Segment und stellte im März den „Palio“ vor. Wie VW wollen auch die Italiener bis Jahresende 30.000 Kompakt-Wagen verkaufen. Toyota und Honda haben angekündigt, bis 2003 eigene Modelle auf den Markt zu bringen. (HB, 12.4.02; NfA, 17.4.02)

Gegenüber der starken Konkurrenz will Volkswagen seinen hohen Anteil am Fahrzeugmarkt verteidigen, der im Jahr 2000 bei 36% lag. Hierzu setzt das Unternehmen stark auf verbesserte Kundenkontakte. Im Mai 2002 wird das neue Zentrum für die Kundenbetreuung in Shanghai voll funktionsfähig sein. Mit seiner Kundendatenbank in China setzt Volkswagen neue interne Standards, indem es Informa-

tionen von Verkäufern, Werkstätten und Fabriken verbindet. Gleichzeitig will das Unternehmen Versäumnisse der Vergangenheit ausgleichen, die nur zum Teil selbst verschuldet sind: Die Kontrolle des Vertriebs war VW von der Regierung verboten worden, sodass das Unternehmen bis vor kurzem nur sehr wenig Informationen über seine chinesischen Kunden hatte. Durch eine Änderung des Joint-Venture-Vertrags konnte 1999 der Vertrieb neu geordnet werden. (AWSJ, 8.4.02) -bö-

30 Taiwanische Chiphersteller dürfen offiziell aufs Festland

Ende März beschloss die Regierung in Taipei, Investitionen der Chipindustrie auf dem Festland zu erlauben, falls es sich nicht um neueste Technologie handelt. Bis 2005 dürfen taiwanische Firmen auf der anderen Seite der Taiwan-Straße maximal drei Chip-Fabriken bauen. Hierfür kommen hauptsächlich die beiden großen Unternehmen Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC) und United Microelectronics Co. (UMC) in Frage. Andere Hersteller der Insel sind zu klein und zudem meist auf Speicherchips spezialisiert.

UMC-Vorstandschef Robert Tsao sagte, Fabriken auf dem neuesten Stand ließen sich in der Volksrepublik nicht aufstellen: „Die Vereinigten Staaten würden das nicht erlauben,“ erklärte Tsao. Computerchips werden zu den Gütern gerechnet, die sich sowohl zivil als auch militärisch nutzen lassen. Daher unterliegen sie besonderen internationalen Abkommen, die den Export einschränken.

Ältere, gebrauchte taiwanische Produktionsanlagen sollen jedoch schon vor der Lockerung der taiwanischen Verbote auf dem Festland aufgebaut worden sein – darunter angeblich auch Anlagen von UMC.

Der Chipmarkt auf dem Festland hat ein Volumen von 10 Mrd. US\$. Die Marktforscher der Agentur Gartner erwarten, dass er sich bis 2005 verdoppeln wird. Schon heute nimmt China 7% des Weltabsatzes an Computerchips auf. Junge Chiphersteller aus der Region Shanghai wie die Semiconductor Manufacturing International Co. (SMIC) und Grace Semiconductor Manufacturing Co. ha-

ben bereits Verträge zum Technologietransfer mit Unternehmen aus Japan und Singapur. Beide Unternehmen beschäftigen viele Ingenieure aus Taiwan. (FEER, 18.4.02; AWSJ, 1.4.02) -bö-

31 Gute Aussichten für chinesisches Engagement in Nigeria

Auf seinem Staatsbesuch in Nigeria auf Einladung des nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo konnte der chinesische Präsident Jiang Zemin in Begleitung des stellvertretenden Präsidenten Qian Qichen Mitte April der Unterzeichnung von insgesamt fünf Regierungsvereinbarungen beiwohnen. Darin wird eine Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wirtschaft, Wasserressourcen, Medizin und Gesundheit sowie hinsichtlich konsularischer und steuerlicher Angelegenheiten besiegelt.

Beide Staaten räumen den bilateralen Beziehungen in erster Linie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen hohen Stellenwert ein. Die positive Entwicklung zeigt sich dabei u.a. im Anwachsen des Handelsvolumens von lediglich 178 Mio. US\$ im Jahr 1996 auf mehr als 1,14 Mrd. US\$ zum Ende des Jahres 2001. Aber auch die Tatsache, dass Jiang bei seiner Ankunft auch von Vertretern chinesischer Organisationen in Nigeria begrüßt wurde und Konsular- und Steuerfragen auf der Tagesordnung der bilateralen Gespräche standen, ist als deutliches Indiz für ein erhebliches Interesse Chinas an Nigeria als Standort für chinesische Auslandsinvestitionen in Afrika zu bewerten.

Die chinesische Wirtschaft kann sich in Nigeria bereits heute als kompetenter Partner im Infrastruktur- und Energiebereich profilieren. Seit einigen Jahren besteht hier bereits eine Vereinbarung zur Verbesserung des hoffnungslos veralteten und überlasteten nigerianischen Eisenbahnsystems. Lieferungen von Lokomotiven und Wagons aus China sowie die Modernisierung des Streckennetzes durch chinesische Firmen sind in einem Finanzvolumen von 528 Mio. US\$ längst beschlossene Sache. Allerdings verlangte im Vorfeld von Jangs Besuch die politische Opposition in Nigeria eine Revi-

sion der entsprechenden Vereinbarungen, weil die erhofften Verbesserungen bislang weitgehend ausgeblieben seien.

Um die Wichtigkeit Nigerias als Wirtschaftspartner zu unterstreichen, kündigte Jiang Zemin im Gespräch mit seinem nigerianischen Amtskollegen die baldige Entsendung einer chinesischen Handelsmission mit „tausenden von chinesischen Geschäftsleuten“ in das afrikanische Land an. Nigeria besitze aufgrund seiner reichen Ausstattung mit Rohstoffen ein erhebliches Entwicklungspotenzial, so Jiang weiter. China werde daher alles erdenkliche tun, um die bilateralen Beziehungen zu stärken.

Das Interesse der chinesischen Regierung ist in erster Linie auf den Energiesektor gerichtet. Der Reichtum Nigerias an Erdöl und Erdgas und der wachsende Energie- und Rohstoffhunger der chinesischen Volkswirtschaft dürften aus chinesischer Sicht denn auch der Hauptgrund für die Pflege enger Beziehungen zwischen beiden Staaten sein. Auf der anderen Seite sind es jedoch auch technische Lösungen, die China für Nigeria interessant machen. So leidet das Land trotz seines Reichtums an fossilen Energieträgern an einer chronischen Unterversorgung mit Elektrizität.

Bereits im Vorfeld des Besuchs Jangs konnten Ende März zwei chinesische Unternehmen die Unterzeichnung eines Vertrags über die Lieferung von Kraftwerkstechnologie sowie die Errichtung zweier Gaskraftwerke und von Anlagen zur Elektrizitätsübertragung im Umfang von 390 Mio. US\$ feiern. Es handelt sich im Falle der Realisation, die binnen zwei Jahren anvisiert wird, um das größte Projekt zur Erzeugung elektrischer Energie in Nigeria mit einem geplanten Produktionsvolumen von 670 MW. Dabei sollen die China Machinery Import & Export Company (CMEC) und Shandong Electric Construction Company nicht nur für die Lieferung der Komponenten und die Errichtung der Kraftwerke verantwortlich sein, sondern vielmehr im Rahmen weiterführender Verträge auch am Management beteiligt werden. (XNA, 29.3., 4.3.02; Xinhua, 14.4.02, nach BBC PF, 16.4.02; Vanguard Lagos online,

15.4.02, nach BBC PF, 16.4.02; WSJ, 15.4.02) -kg-

Binnenwirtschaft

32 Wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 2002

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes in Beijing wuchs die Gesamtwirtschaft im 1. Quartal des Jahres 2002 um 7,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Wert des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug 2.102 Mrd. Yuan. Das Wachstum habe zwar um 0,3% höher gelegen als im Gesamtjahr 2001, aber auch deutlich unter den 8,1%, die noch im 1. Quartal 2001 erreicht worden waren. (XNA, 18.4.02)

Finanzminister Xiang Huaicheng wies darauf hin, dass die genannte Höhe des Wachstums nur durch staatliche Konjunkturprogramme zu halten gewesen sei. Diese hätten das BIP 2001 um 1,8% erhöht. Xiang zeigte sich besorgt über die steigenden Ausgaben. Chinas Staatsschuld beträgt mittlerweile 193 Mrd. US\$, das sind 16,7% des BIP. Die Regierung kämpfe mit den Problemen entlassener Arbeiter, mit Umweltverschmutzung, unterfinanzierten Schulen und fallenden ländlichen Einkommen. Vor allem lasteten die während der Asienkrise begonnenen Infrastrukturprojekte auf dem Etat. Langfristig sei eine solche Politik problematisch, führte der Minister aus. Zum Beleg nannte er die Verschlechterung des Haushalts im ersten Quartal, mit einem Anstieg der Ausgaben von 23,9% gegenüber einem Plus von nur 3,4% auf der Einnahmenseite. Xiang sagte, die Konjunkturprogramme würden zwar dieses Jahr fortgesetzt, sollten danach aber auslaufen. Er hoffe, die US-Wirtschaft werde sich schnell erholen, um für eine Belebung der chinesischen Exporte zu sorgen, deren Wachstum sich im März stark verlangsamte. (AWSJ, 17.4.02)

Dienstleistungen schwächer

Der Tertiärsektor erreichte eine Wachstumsrate von lediglich 6,2% und eine Wertschöpfung von 787,7 Mrd. Yuan. Im ersten Viertel des Jahres 2001 hatte das Wachstum in